

Veranstalter:

Veranstaltungsort:

Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien
Forschungsschwerpunkt Antisemitismus- und Rechtsextremismusforschung,
Universität Potsdam
Am Neuen Markt 8, 14467 Potsdam
Fon: 0331-28094-13
Fax: 0331-28094-50
botsch@uni-potsdam.de
kopke@uni-potsdam.de

Fachhochschule Düsseldorf
Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA), FB 6,
Universitätsstr. 1, Geb 24.21, 40225 Düsseldorf
Fon: 0211/811-4625
Fax: 0211/81-11490
forena@fh-duesseldorf.de

Leibniz Universität Hannover
Institut für Didaktik der Demokratie
Schloßwender Str. 1, 30159 Hannover

Die Veranstalter behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechten Parteien oder Organisationen angehören, der rechten Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen oder Taten in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.

Leibniz Universität Hannover
- Hörsaal -
Schneiderberg 1 B,
30167 Hannover

*Die Teilnahme ist kostenfrei – um **Anmeldung bis zum 15. November** wird gebeten:*
KonferenzHannover@gmx.de

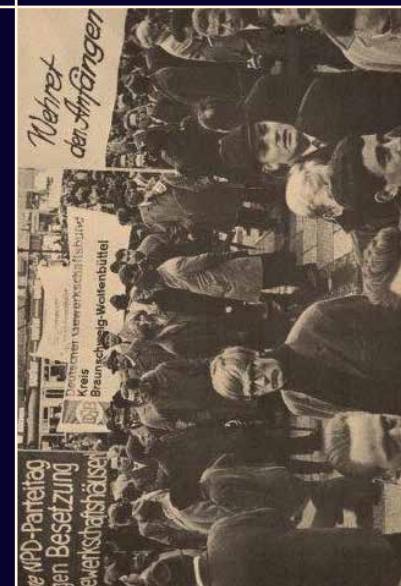


Unterstützt von:
Bundeszentrale für politische Bildung,
Amadeo Antonio Stiftung,
AStA Uni Hannover,
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (verdi), Bundesvorstand,
Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz)



Abbildungsnachweis Titelbilder:
Hauptstaatsarchiv Stuttgart, EA 2-303 Bü 564 S 9

50 Jahre kritische Auseinandersetzung mit der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland



Demonstration gegen den Bundesparteitag der NPD 1966 in Karlsruhe

Tageskonferenz Freitag, 28. November 2014, Leibniz Universität Hannover
Veranstaltung aus Anlass des 50. Jahrestages der Gründung der NPD

Programm

14.00: Beginn, Grußworte, Eröffnung

Vorträge

14.30: Dr. Gideon Botsch, Potsdam: **Die NPD in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland**

15.15: Prof. Dr. Fabian Virchow, Düsseldorf: **Die NPD und das Parteiverbot**

16.00: Kaffee-Pause

16.30: Frauke Büttner, Berlin: **Frauen in der NPD**

17.15: Dr. Esther Lehnert, Berlin: **„Volkstod“ und „Gender-terror“: Biopolitische Vorstellungen und Geschlechterkonstruktionen in der NPD**

17.45: Dr. Sebastian Fischer, Hannover: **Rechtsextremismus als Herausforderung für die politische Bildung**

18.30: Pause

19.00: Podiumsdiskussion: **„Nationale Opposition“ gegen die demokratische Gesellschaft – 50 Jahre NPD – 50 Jahre wissenschaftliche und politische Auseinandersetzung mit der NPD**

Dietrich Elchlepp, ehem. MdB und MdEP (SPD);
Gründer und Vorsitzender der „Bürgeraktion zum Schutze der Demokratie“ (1966-1980)

Prof. Dr. Hans-Gerd Jaschke, HWR Berlin

Elke Breitenbach, MdA DIE LINKE Berlin

Prof. Dr. Joachim Perels, Universität Hannover

Ernst Heilmann, verdi Hamburg

Dr. Cordelia Heß, Universität Stockholm

Moderation: Prof. Dr. Dirk Lange, Institut für Politische Wissenschaft, Universität Hannover

(Ende gegen 21.00)

50 Jahre kritische Auseinandersetzung mit der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland

Am 28. November 2014 jährt sich zum 50. Mal die Gründung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Die NPD entstand 1964 als Nachfolgepartei, Sammelbecken und Bündnisprojekt verschiedener ultrakonservativer, national-neutralistischer und völkisch-nationalistischer Parteien und Splittergruppen.

Die NPD stellt damit einerseits das zentrale Element der Kontinuität im „nationalen Lager“ dar, auf das sie insgesamt einen stabilisierenden Einfluss gehabt hat. Andererseits war sie immer wieder tief greifenden Wandlungsprozessen ausgesetzt, blieb politisch weithin erfolglos und konnte – nicht zuletzt auf Grund der klaren Abgrenzungen der demokratischen Kräfte ihr gegenüber – in eine randständige Position innerhalb des Parteienspektrums abgedrängt werden.

In den 1960er Jahren gelang es dieser Sammlungspartei der „nationalen Opposition“, in die Landtage von Bayern, Hessen, Bremen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg mit insgesamt 61 Abgeordneten einzuziehen. Nachdem die Partei mit 4,3% bei den Bundestagswahlen 1969 knapp, aber klar den Einzug in den Deutschen Bundestag verfehlte, geriet sie in eine tiefe Krise, verlor ihre Landtagsmandate und tausende ihrer Mitglieder. Erst seit den späten 1980er Jahren konnte sich die Partei langsam erholen. Nachdem sie sich unter ihren Vorsitzenden Günther Deckert und Udo Voigt systematisch der wachsenden Neonaziszene

öffnete, konsolidierte die NPD sich seit den frühen 1990ern und verbuchte seit Mitte der 2000er auch wieder Wahlerfolge; in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern stellte sie jeweils zwei Legislaturperioden hintereinander eine Landtagsfraktion. Mit ihrem Wahlergebnis von 1% bei der Europawahl 2014 konnte die NPD mit Udo Voigt einen Vertreter in das Straßburger EU-Parlament entsenden.

Seit ihrer Gründung ist die NPD mit zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Protesten konfrontiert. Namentlich der DGB und viele Einzelgewerkschaften setzten sich inhaltlich mit ihren Positionen auseinander und waren kontinuierlich über Jahrzehnte wesentliche Träger der Abwehr gegenüber dieser antidemokratischen Partei.

Nach dem Scheitern eines ersten Versuchs, das Verbot der NPD gemäß Artikel 21 des Grundgesetzes feststellen zu lassen, stellte der Bundesrat im Dezember 2013 beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) erneut einen Verbotsantrag. Der Ausgang dieses Verfahrens ist ungewiß.

Wir nehmen den 50. Jahrestag der Gründung der NPD zum Anlass, um über die Ideologie, Aktivitäten und Relevanz des wichtigsten politischen Akteurs der extremen Rechten Bilanz zu ziehen und über den Stand und die Perspektiven gesellschaftlicher Gegenwehr und politischer Bildung zu diskutieren.